

Beantwortung Wahlprüfsteine

vedec - Verband für Energiedienstleistungen, Effizienz und Contracting e.V. vom 25. Juni 2024

Sehr geehrte Damen und Herren, gerne möchten wir im Rahmen der anstehenden Landtagswahl in Sachsen Fragen für Wahlprüfsteine zu klima- und energiepolitischen Themen bei Ihnen einreichen. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen.

1. Welche Rolle spielen dezentrale Contracting-Lösungen im Programm Ihrer Partei? Inwiefern setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für Contracting-Lösungen verbessert werden? Welche konkreten Maßnahmen ergreift Ihre Partei?

Die SPD setzt sich als soziale Partei insbesondere für die Belange von Mieter:innen ein. Energetische Modernisierungen und damit auch das Wärme-Contracting werden in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen. Dabei setzen wir als Partei auf klimaneutrale und energieeffiziente Lösungen. Der rechtliche Rahmen allerdings schützt Mietende bereits jetzt nicht ausreichend vor Benachteiligung. Intransparente Verträge und die komplexe Preisberechnung machen die Lage ziemlich unübersichtlich. Sowohl bei den Schlupflöchern in der Preisgestaltung als auch den fehlenden rechtlichen Konsequenzen bei Fehlverhalten der Vermieter:innen sollte der Gesetzgeber weiter nachbessern, damit für Mietende keine Zunahme an Problemen durch Contracting auftritt.

2. Was unternimmt Ihre Partei, um mehr Chancengleichheit für Contracting-Lösungen (bspw. Objektversorgung, Gebäudenetze, Nahwärmeversorgung) gegenüber der Fernwärme zu schaffen?

Erst wenn die mit dem Wärmeplanungsgesetz geforderten Wärmepläne der Kommunen vorliegen, werden wir endgültig wissen, welche Quartiere und Gebäude an die Nah- oder Fernwärme angeschlossen werden können und auch welche individuellen Contracting-Lösungen möglich sind. Die privatrechtlich ausgestalteten Vertragslösungen beim Contracting obliegen den Eigentümer:innen bzw. Vermieter:innen. Bislang ist Energie-Contracting vor allem für größere, von Mietwohnungsgesellschaften oder Wohnungseigentümer-Gemeinschaften betriebene Wohnanlagen und für Hausbesitzer von Bedeutung.

3. Wie kann die Wärmewende im Wohnbestand gelingen? Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei im Vordergrund? Setzt sich Ihre Partei über den Bundesrat für eine Novelle der Wärmelieferverordnung ein?

Die kommunale Wärmeplanung muss im Sinne einer Energieleitplanung klare Festlegungen treffen, wo welche Technologien zur Wärmeerzeugung und Verteilung vorrangig zur Anwendung kommen sollen und dabei auch die Energienetze in ihrer gegenwärtigen und zukünftigen Rolle detailliert in den Blick nehmen. Die kommunale Wärmeplanung muss außerdem die Transformationspläne der Energieversorger nach der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) oder sonstige gesetzliche Grundlagen beachten. Neben der Erreichung der Klimaziele ist dabei auf die technische Umsetzbarkeit und Sozialverträglichkeit zu achten.

Die Wärmewende wird aus SPD-Sicht nur gelingen, wenn sie sozialverträglich ausgestaltet ist und niemand überfordert wird – weder die Kommunen, noch die Mieter:innen und Vermieter:innen oder Eigentümer:innen. Eine verpflichtende deutschlandweite kommunale Wärmeplanung ist das zentrale Steuerungsinstrument für die Kommunen und eine wertvolle Orientierungshilfe für die Bürger:innen in der Wärmewende. Aus der kommunalen Wärmeplanung wird für alle Bürger:innen ersichtlich, welche Wärmeversorgungsmöglichkeiten in ihrer Straße geplant werden und zukünftig zur Verfügung stehen. Auf dieser Basis können Eigentümer:innen aus den vor Ort zur Verfügung stehenden Alternativen die für sich beste Wärmeversorgung wählen, z. B. Nah- oder Fernwärme, Strom, klimaneutrales Gas, Holz und Pellets oder anderes. Die Kommunen gehen also in die Vorleistung und schaffen Klarheit, wo welche Wärmelösungen zukünftig möglich sind. Darüber hinaus wurden mit dem Gebäudeenergiegesetz zahlreiche attraktive Förderungsmöglichkeiten geschaffen, um die Umrüstung zu klimafreundlichen Heizungen zu erleichtern. Laut Auskunft der Bundesregierung prüft das federführende Bundesministerium der Justiz derzeit, ob und wie die Regelungen des § 556c des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Verordnung über die Umstellung auf gewerbliche Wärmelieferung für Mietwohnraum zukunftsgerichtet ausgestaltet werden können. Als SPD werden wir uns dafür einsetzen, dass bei einer Novelle der Wärmelieferverordnung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass sowohl der Fernwärmeausbau vorangebracht als auch der Mieterschutz gewahrt wird.

4. Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand stärken? Welche Rolle spielen dabei Contracting-Lösungen?

Bereits jetzt geht der Freistaat Sachsen mit gutem Beispiel voran. Die Sächsische Landesregierung setzt sich bspw. dafür ein, den Energieverbrauch der Landesverwaltung zu senken und die eigenen Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Um die Vorbildrolle der öffentlichen Hand weiter zu stärken, wurde 2023 der Masterplan „Klimabewusste Landesverwaltung“ als langfristige Strategie verabschiedet. Neben nachhaltiger Beschaffung zielen die Maßnahmen vor allem auf den effizienten Einsatz von Energie und Ressourcen, die Gestaltung eines klimaneutralen Gebäudebestandes, die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien insbesondere Photovoltaik, eine klimafreundliche Mobilität

und das Monitoring der CO2-Bilanz für die Landesverwaltung. Ziel ist es, im Rahmen der Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, bis 2040 weitgehende Klimaneutralität zu erreichen. Diesen Weg wollen wir als SPD weiter beschreiten und mit einem modernen Vergabegesetz weiter ausbauen. Contracting-Lösungen sind mögliche Maßnahmen, wenn sie wirtschaftlich, klimafreundlich-nachhaltig und nicht zuletzt finanzierbar sind.

5. Wie steht Ihre Partei dazu, Energieeffizienz als Kriterium in öffentlichen Ausschreibungen verpflichtend zu machen?

Der sächsischen SPD ist es wichtig, dass bei Vergaben der öffentlichen Hand nicht der Billigste, sondern der Beste zum Zuge kommt. Und am besten Unternehmen aus Sachsen. Unternehmen, die fachlich exzellent sind, die ausbilden und gute Löhne zahlen, die ökologisch und nachhaltig denken und arbeiten, dürfen keinen Nachteil haben, nur weil ihre Leistungen etwas wert sind und deshalb auch etwas kosten. Wir sind im Gegenteil der Auffassung, dass diese Kriterien bei Vergaben angemessen gewürdigt werden müssen. Dabei ist auch Energieeffizienz ein denkbare Kriterium.

Deshalb wollen wir ein modernes, bürokratiearmes Vergabegesetz. Neben Tariftreue und der Förderung sozialer und ökologischer Kriterien wollen wir auch in Zukunft, dass möglichst viele öffentliche Aufträge an sächsische Unternehmen gehen. Die öffentliche Hand soll mit ihren Aufträgen wichtiger Referenzgeber für das Prinzip „Gute Arbeit“ und die Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen werden.

6. Welche Maßnahmen zieht Ihre Partei in Betracht, um die Realisierung von Quartierslösungen zu erleichtern?

Die SPD setzt sich für den Ausbau von Quartierslösungen ein, bei denen mehrere Gebäude gemeinsam mit erneuerbarer Energie, aber auch durch die Anbindung an kommunale Nah- oder Fernwärmenetze versorgt werden. Dies ermöglicht eine effizientere Nutzung der Ressourcen und bietet die Möglichkeit, Wärme zu fairen Preisen anzubieten. Wir werden prüfen, inwiefern bei Quartierslösungen vor allem in dicht bebauten Gebieten der gesetzliche Rahmen (z.B. Abstände von Wärmepumpen zu Gebäuden) angepasst werden kann.

7. Welche Rolle spielen aus Sicht Ihrer Partei dezentrale Lösungen bei der kommunalen Wärmeplanung?

Wenn die kommunale Wärmeplanung abgeschlossen ist, werden wir genauer wissen, wie und wo vor Ort zentrale Lösungen und wo dezentrale Lösungen besser geeignet sind. Eine pauschale Bewertung von Nah- und Fernwärme ist nicht sinnvoll ist und es muss der jeweilige Anwendungsfall betrachtet werden, um konkrete Aussagen zu Umwelt- und Energiebilanz sowie Wirtschaftlichkeit zu treffen. Wir

gehen davon aus, dass in urbanen, dicht bebauten Gebieten eher Lösungen über größere Wärmenetze oder auf Quartiersebene zum Tragen kommen, während in weniger dicht bebauten Gebieten und insbesondere im ländlichen Raum eher dezentrale oder individuelle Lösungen der Wärmeversorgung zum Einsatz kommen. Im ländlichen Raum sollten Verbundlösungen dennoch immer geprüft werden. Für alle Regionen gilt, dass die folgenden Faktoren eine Rolle spielen: die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien, die Verfügbarkeit von Netzinfrastruktur sowie die Anforderungen auf der Nutzerseite.

8. Wann werden die Landesbestimmungen zur Kommunalen Wärmeplanung umgesetzt?

Das zuständige Staatsministerium für Energie und Klimaschutz (SMEKUL) beabsichtigt, noch in der laufenden Legislatur das Wärmeplanungsgesetz des Bundes per Rechtsverordnung in Landesrecht umzusetzen. Als SPD erwarten wir eine zeitnahe Lösung.